

DGB Baden-Württemberg: Aktionstag zur Reform der Betriebsverfassung

Mitbestimmt gewinnen alle

Zur ersten Lesung der Reform des Betriebsverfassungsgesetzes im Bundestag hat der DGB Baden-Württemberg in mehreren hundert Betrieben mobilisiert. Flächendeckend wurden am Aktionstag im April in Betrieben und Fußgängerzonen 240 000 Exemplare einer Zeitung des DGB-Landesbezirks verteilt – Titel "Mitbestimmt gewinnen alle".

In vielen Betrieben gab es Betriebsversammlungen, verlängerte Pausen oder Aktionen vor den Toren. In Reutlingen etwa gab es kurze Arbeitsniederlegungen im Briefzentrum, bei Bosch und bei Still-Wagner. Auf dem Stuttgarter Schlossplatz "talkten" Vertreter der Gewerkschaften. DGB-Landeschef Rainer Bliesener kündigte weitere Aktionen an, falls die Vorstellungen der Gewerkschaften bei der Gesetzgebung nicht berücksichtigt wurden. Mehr im Internet unter www.mitbestimmung.dgb.de. ◀



DGB-Aktionstag für Reform der Betriebsverfassung auf dem Stuttgarter Schlossplatz: Denkzettel für die Arbeitgeber

Foto: Gaffni

Ulrich Medizintechnik in Ulm-Jungingen: Arbeitszeit nach "billigem Ermessen" Der haarsträubendste Arbeitsvertrag des Jahres

Gäbe es einen Preis für den haarsträubendsten Arbeitsvertrag des Jahres, die Medizintechnik-Firma Ulrich aus Ulm-Jungingen hätte ihn verdient. Was Stellenbewerber Martin M. (Name geändert) vorgelegt bekam, war so schlimm, dass er auf Unterschrift und Job dankend verzichtete.

Ulrich hat rund 110 Beschäftigte, ist nicht tarifgebunden, hat aber einen Betriebsrat. Ingenieur M. traute seinen Augen kaum, als er das "Vertragswerk" genauer unter die Lupe nahm. Es enthält eine Reihe von Verstößen gegen Gesetz und Mitbestimmung. Unter anderem steht drin:

● Der Arbeitsvertrag sollte

nach Ende der Probezeit von sechs Monaten automatisch enden – und müsste für ein weiteres Arbeitsverhältnis ausdrücklich erst verlängert werden.

● Der Arbeitnehmer solle sich verpflichten, über die betriebsübliche Arbeitszeit hinaus tätig zu werden. Das gilt auch für mögliche Überstunden am Sonntag. Mehr-, Spät-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeiten werden im Einzelfall angeordnet. Dauer, Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit und die Pausen werden vom Arbeitgeber nach "billigem Ermessen" festgesetzt. "Zur Zeit" betrage die wöchentliche Arbeitszeit 38 Stunden.

● Bei gekündigtem Arbeitsverhältnis zur Zeit der Auszahlung des Weihnachtsgeldes gibt's kein Weihnachtsgeld. Das Weihnachtsgeld ist zurückzuzahlen, wenn bis Ende März des Folgejahres gekündigt wird. Das Urlaubsgeld 2001 gibt's übrigens erst im September. Auch das ist bei gekündigtem Arbeitsverhältnis zurückzuzahlen.

● Bei Krankheit ist die ärztliche Bescheinigung am dritten Kalendertag (!) vorzulegen. Das bedeutet: Wer Freitag krank wird, muss den gelben Zettel am Sonntag vorbeibringen.

● Der Beschäftigte soll eine Vertragsstrafe von einem Brutto-

gehalt zahlen, wenn er das Arbeitsverhältnis durch schuldhaftes Verhalten die fristlose Kündigung durch den Arbeitgeber" veranlasse.

Beinahe verständlich, dass Ulrich Medizintechnik keinen Wert darauf legt, dass diese Einzelheiten bekannt werden. Martin M. hätte noch unterschreiben sollen, über das Vorgenannte zu schweigen. Da er aber nicht unterschrieben hat, braucht er auch nicht zu schweigen. Und wir veröffentlichen diese netten Einzelheiten zur Warnung an alle künftigen Bewerber/innen. War da nicht etwas mit Fachkräftemangel? ◀

Tarifergebnis im Kfz-Handwerk: 2,4 Prozent mehr Einkommen

Die Azubi-Übernahme kommt



Kfz-Handwerk: Warnstreik bei BMW-Ungeheuer in Karlsruhe: „Einer für alle, alle für einen“

Die Verhandlungen waren von Warnstreik-Aktionen begleitet. Im Vorfeld der entscheidenden Verhandlung hatten nochmals Beschäftigte aus etwa 30 Betrieben klar gestellt, dass es ohne eine Regelung für die Auszubildenden keine Tariflösung geben werde. Die Warnstreiks haben letzten Endes für den Durchbruch bei den Verhandlungen gesorgt. ◀

Kfz-Handwerk: Warnstreik in Mannheim: Rund 150 Beschäftigte vor dem Autohaus Friedrich



Nach der dritten, etwa 14 Stunden dauernden Tarifverhandlung war es so weit: Im Kfz-Handwerk Baden-Württembergs wurde ein Tarifergebnis erzielt. Danach steigen die Einkommen rückwirkend zum 1. März um 2,4 Prozent. Auszubildende müssen künftig für mindestens 6 Monate in ein festes Arbeitsverhältnis übernommen werden.

Die Übernahme gilt für Azubis, die zwischen dem 1. Juli 2001 und Ende 2005 die Ausbildung beginnen. Damit wurde erstmals für das Kfz-Handwerk eine verbindliche Übernahme festgeschrieben. Gegen diese Forderung der IG Metall hatten sich die Arbeitgeber lange gewehrt. Sie wollten eine Übernahme nur für Betriebe mit

weniger als 50 Beschäftigten, nur mit einem Notendurchschnitt von 2,5 oder besser und mit einer niedrigeren Bezahlung

Angebot der InCentive Capital - Soziale Standards in Gefahr

Sulzer-Konzern: Betriebsräte gegen feindliche Übernahme

Der Schweizer Sulzer-Konzern mit zahlreichen Standorten in Baden-Württemberg kommt nicht zur Ruhe. Jetzt will die InCentive Capital AG den ganzen Laden übernehmen. Die Betriebsräte lehnen das ab und wollen kämpfen.

Im Fall der feindlichen Übernahme durch InCentive, einer reinen Kapitalgesellschaft, sehen die Betriebsräte die sozialen Standards gefährdet. Trotz aller strategischen Wirrungen der Vergangenheit habe der Sulzer-Vorstand immerhin bewiesen, dass er die

Rechte der Beschäftigten aufrecht erhalten wolle, bestätigt Ernst Laufer, der Vorsitzende des Europäischen Betriebsrates. Die Finanzjongleure von InCentive, so fürchtet Laufer, würden Sulzer zerlegen und die Einzelteile verkaufen. "Die Beschäftigten

Meldungen

► Vertrauensleute-Konferenz:

Am 10. Mai veranstaltet die IG Metall eine Konferenz für die Vertrauensleute in Baden-Württemberg. Der Titel lautet: „Wie arbeiten wir in Zukunft?“ Es geht um die berufliche Arbeit in der Zukunft, aber auch um die Arbeit in der IG Metall und in den Vertrauenskörpern. Wissenschaftler und Experten bringen dazu Erkenntnisse und Erfahrungen ein. Weitere Informationen bei den IG Metall-Verwaltungsstellen.

► Prüfungszeit drei Tage:

Die Verkürzung der Prüfungszeit für Azubis von drei auf zwei Tage wird zurückgenommen. Die schriftliche Prüfung wird ab Sommer 2001 wieder an drei Tagen abgelegt. Das baden-württembergische Kultusministerium hat damit dem Protest der Auszubildenden und dem Widerstand der IG Metall nachgegeben. Die vielen Aktionen der Azubis mit ihrer IG Metall haben sich gelohnt.

► Schmierstoffe optimieren:

Für ein internationales Projekt der EU zur gesundheitlichen Bewertung und Optimierung von Kühlschmierstoffen werden noch Metallbetriebe unter 250 Beschäftigten als Partner gesucht. Nähere Infos gibt's bei Dr. Fritz Kalberlah, Forschungs- und Beratungsinstitut Gefahrstoffe FoBig, Werdering 16, 79098 Freiburg, www.fobig.de, Telefon 0761/38608-0, E-Mail fritz.kalberlah@fobig.de.

Medima Maulburg: Quandt-Gruppe zeigt sich hartherzig und gab kein Kapital mehr

Konkurs und kein Geld für einen Sozialplan

Die Hoffnung stirbt zuletzt, auch bei Medima in Maulburg bei Lör-rach: Der Hersteller für Angora-Wäsche schloss im April, etwa 300 Beschäftigte stehen mangels Masse ohne Sozialplan auf der Straße.

Im Januar hatte Medima Konkurs angemeldet. Seitdem versuchten Betriebsrat und IG Metall alles für neue Perspektiven. Sie kämpften und demonstrierten, und erreichten auch durchaus Hoffnungsvolles. Die Eigentümerin, die Quandt-Gruppe, zeigte sich hartherzig und wollte kein Kapital mehr geben, nicht mal für einen Sozialplan. Daran änderte auch die Demonstration vor der Quandt-Zentrale im hessischen Bad Homburg nichts. ◀



Wenn schon arbeitslos, dann wenigstens mit Sozialplan: Medima-Beschäftigte vor der Quandt-Zentrale in Bad Homburg

CDU bei Nacht und Nebel in den Aluminium-Werken Wutöschingen

Mitunter wird Wahlwerbung als ziemlich lästig empfunden

Wahlwerbung wird mitunter als ziemlich lästig empfunden. Das würde Wilhelm Busch vielleicht denken, läse er von folgender Szene aus dem Südbadischen:

Eines frühen Morgens kurz vor der Landtagswahl wählte sich die CDU die Belegschaft der Aluminiumwerke Wutöschingen als Objekt ihrer Wahlwerbung aus. Sie hatte sich allerdings nicht angemeldet, wie sich später her-

ausstellte, und befand sich auf dem Werksgelände. Rechtzeitig, bevor die Personalleitung eintraf, waren sie wieder weg. Jetzt beschwerten sich Beschäftigte beim Betriebsrat: Die CDU habe den Verkehr an Fahrradständer und Pforte aufgehalten und überhaupt, dass innerhalb des Betriebes Wahlkampf gemacht werde, gehe ja wohl nicht. Also wandte sich Betriebsratsvorsitz-

zender Roland Schirmer an die CDU: Ob sie sich jetzt nur noch bei Nacht und Nebel und unangemeldet vor die Betriebe traue?

Die Antwort war patzig: Wer im Glashaus sitze, solle nicht mit Steinen werfen. Gemeint war: Betriebsräte hätten ja viel bessere Gelegenheiten, Werbung für bestimmte Parteien zu machen. Da ging bei Roland Schirmer allerdings endgültig der Hut

hoch: Ob die CDU nicht das Betriebsverfassungsgesetz kenne, nach dem Betriebsräte sich neutral verhalten müssen? Die CDU interessiere wohl weder fremdes Eigentum, noch Betriebsverfassung, noch Parteispendingesetz! Den vollständigen Schriftverkehr verlas Roland Schirmer in der Betriebsversammlung, jedoch erst nach der Landtagswahl. ◀

Waiblinger Arbeitergeschichte

„Ein jeder muss sich aufraffen“

Vom Metallfacharbeiter zum Historiker: Viele Jahrzehnte lang war Günther Sauter Betriebsrat bei Bosch erst in Stuttgart, dann in Waiblingen, Mitglied der Ortsverwaltungen und der Großen Tarifkommission. Nach seiner Pensionierung 1990 studierte er Geschichte in Stuttgart und Tübingen und widmete sich in

seinen Publikationen der Arbeitergeschichte. Sein jüngstes Werk heißt „Ein jeder muss sich aufraffen“ und skizziert die Geschichte Waiblinger Arbeiterbewegung vom Beginn der Industrialisierung bis zum Jahr 1933. Das Buch erschien zum 100. Geburtstag der IG Metall-Verwaltungsstelle in Waiblingen. Der Buchtitel ist ein Zitat des Waiblinger Bevollmächtigten Anton Schmidt aus dem Jahr 1932. In

den damaligen Jahren der Weltwirtschaftskrise waren zwei Drittel der Metaller/innen dort arbeitslos.

Das Buch Günther Sauters ist über den Buchhandel erhältlich, es kostet 48 Mark. Wer in der Waiblinger Verwaltungsstelle persönlich vorbeischaun will, bekommt das 400-seitige Werk dort deutlich billiger: 20 Mark – Vorzugspreis für Gewerkschaftsmitglieder. ◀

